S 41 AS 2721/21 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Sachgebiet

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie **Beschluss**

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette

1. Instanz

S 41 AS 2721/21 ER Aktenzeichen

22.02.2022 Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 AS 351/22 B ER

12.07.2022 Datum

3. Instanz

Datum

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Gelsenkirchen vom 22.02.2022 wird zurļckgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Â

Gründe:

Ι.

Der Antragsteller begehrt im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes Ä¹/₄ber die vom Sozialgericht tenorierte Verpflichtung der Antragsgegnerin zur ̸bernahme des Regelbedarfs gemäÃ∏ <u>§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> hinaus deren Verpflichtung zur ̸bernahme der Bedarfe für Unterkunft und Heizung iSv <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1</u> SGB II.

Der am 00.00.1985 geborene Antragsteller verfå¼gt nach Aktenlage å¼berå eine abgeschlossene Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann und Betriebswirt. Er

beantragte nach dem Verlust einer geringfļgigen BeschĤftigung erstmals am 22.12.2014 bei der Antragsgegnerin Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Der Antragsteller fļgte dem Antrag den Mietvertrag über die von ihm auch nunmehr noch bewohnte Wohnung N-Stra̸e 88 in K bei, gemäÃ∏ dem er eine monatliche Kaltmiete iHv 315 â∏¬ und eine monatliche Betriebskostenvorauszahlung iHv 80 â∏¬ zu entrichten hatte. Die Antragsgegnerin bewilligte dem Antragsteller fļr die Zeit ab dem 01.01.2015 Leistungen unter Berücksichtigung der tatsÃxchlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung, ab April 2015 durchgehend ohne Berücksichtigung von Einkommen. Im Rahmen des Weiterbewilligungsantrages vom 14.12.2016 zeigte der Antragsteller der Antragsgegnerin an, seit dem 00.11.2016 mit der am 00.00.1984 geborenen spanischen StaatsangehĶrigen A verheiratet zu sein. Diese sei bereits am 02.11.2016 bei ihm eingezogen. Der Antragsteller erklÄxrte, seine Ehefrau habe bis zur Heirat im elterlichen Haushalt in Spanien gelebt. Sie sei gesundheitlich nicht in der Lage, Termine oder Vorsprachen wahrzunehmen. Die Antragsgegnerin bewilligte mit Bescheid vom 02.01.2017 zunĤchst nur dem Antragsteller Leistungen in Gestalt des Regelbedarfs für Alleinstehende und der hälftigen Bedarfe für Unterkunft und Heizung und führte aus, die Ehefrau werde bis zur Klärung des zuständigen Leistungsträgers in dessen â∏Haushaltsgemeinschaft aufgenommenâ∏. Mit Ã∏nderungsbescheid vom 25.01.2017 bewilligte die Antragsgegnerin auch der Ehefrau des Antragstellers Leistungen, entzog diese jedoch mit Bescheid vom 19.04.2017 für die Zeit ab dem 01.05.2017 unter Verweis auf eine fehlende Mitwirkung bei der KlĤrung der Anspruchsvoraussetzungen. In den FolgezeitrĤumen bewilligte die Antragsgegnerin dem Antragsteller wiederum Leistungen unter Berücksichtigung des Regelbedarfs für Alleinstehende und der hälftigen Bedarfe für Unterkunft und Heizung; es sind weder eine Bewilligung von Leistungen an die Ehefrau des Antragstellers noch Versuche einer KlĤrung ihrer gesundheitlichen Situation erkennbar. Eine entsprechende Bewilligung von Leistungen an den Antragsteller erfolgte zuletzt mit Bescheid vom 28.12.2020 für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021. Mit Schreiben vom 08.02.2021 forderte die Antragsgegnerin den Antragsteller auf, zu erlĤutern, wie er seit Mai 2017 seinen Lebensunterhalt bestreite, obwohl seine Ehefrau weder Leistungen noch anderweitiges Einkommen beziehe. Nach Entziehung der Leistungen für die Zeit ab dem 01.04.2021 mit Bescheid vom 01.03.2021 bewilligte die Antragsgegnerin dem Antragsteller in Umsetzung eines beim Sozialgericht Gelsenkirchen gef
Ľhrten Eilverfahrens (S 36 AS 845/21 ER) mit Bescheid vom 04.05.2021 Leistungen fÃ¹/₄r die Zeit von Juni 2021 bis Dezember 2021 unter Berücksichtigung des Regelbedarfs für Partner gemäÃ∏ § 20 Abs. 2 Satz 2 SGB II und der häIftigen Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Am 20.12.2021 beantragte der Antragsteller die Weiterbewilligung der Leistungen. Mit Bescheid vom 22.12.2021 lehnte die Antragsgegnerin den Antrag ab. Die Hilfebedürftigkeit des Antragstellers sei zweifelhaft, denn nach Abzug der Fixkosten verbleibe lediglich ein Betrag von 105 â \Box ¬ für zwei Personen. Es sei nicht erkennbar, wie der Antragsteller und seine Ehefrau hiervon ihren Lebensunterhalt ohne (nicht angegebenes) Einkommen oder Vermögen bestreiten könnten.

Am 28.12.2021 erhob der Antragsteller Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid vom 28.12.2021. Seine Ehefrau erhalte von ihm auch angegebene familiĤre Geldzuwendungen iHv 150,00 â n monatlich, die die Antragsgegnerin bei der Berechnung der ihm zur Verfļgung stehenden Mittel nicht berļcksichtigt habe. Die nunmehrige ErwĤhnung seiner Ehefrau â ncerdutze ant ihn, denn diese beziehe keine Leistungen und ein entsprechender Leistungsbezug sei auch â generell kein Thema and gewesen, so dass er diesbezļglich keine Relevanz sehe.

Am 30.12.2021 hat der Antragsteller beim Sozialgericht beantragt, A die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, seinen â∏Antrag auf Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB Ilâ∏∏ zu bewilligen. Er hat seinen Vortrag aus dem Widerspruchsverfahren wiederholt, insbesondere darauf hingewiesen, dass seine Ehefrau keine Leistungen beziehe. Der Antragsteller hat auf Bitte des Sozialgerichts, sämtliche Kontoauszüge für die letzten drei Monate vorzulegen, mit Schriftsatz vom 06.02.2022 Kontoauszüge für sein Konto 01 für die Zeit vom 01.11.2021 bis zum 03.02.2022 sowie Kontoauszüge für das Konto seiner Ehefrau Konto 02 $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ die Zeit vom 16.11.2021 bis zum 03.02.2022 vorgelegt. Der Gesamtguthabenstand beläuft sich hiernach auf 810,96 â∏¬. Das Konto der Ehefrau des Antragstellers weist mehrere ̸berweisungen von Herrn L (16.11.2021: 250 â□¬, 07.12.2021: 150 â□¬, 03.01.2022: 300 â□¬, 31.01.2022: 150 â□¬) Der Antragsteller hat hierzu erklĤrt, seine Ehefrau erhalte von ihrem Vater eine Unterstützung iHv monatlich 150 â∏¬. Aus den Kontoauszügen des Antragstellers sind Abbuchungen für die Miete iHv jeweils 395 â∏¬ (03.11.2021 und 06.12.2021) und f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Strom iHv 69 $\hat{a} \sqcap \neg$ (03.11.2021, 06.12.2021, 07.01.2022) ersichtlich. Im Monat Januar 2022 hat der Antragsteller 120 â∏¬ (jeweils 60 â∏¬ am 07.01.2022 und am 23.01.2022), seine Ehefrau 100 â∏¬ (50 â∏¬ am 14.01.2022 und 50 â∏¬ am 21.01.2022) abgehoben. Auf den Kontoauszügen finden sich einige Zahlungen an den Versandanbieter Amazon; weiter geht aus dem Konto der Ehefrau des Antragstellers eine Zahlung an die E GmbH am 25.01.2022 iHv 39,95 â∏¬ hervor.

Mit Beschluss vom 22.02.2022 hat das Sozialgericht den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller vom 30.12.2021 bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens, lĤngstens jedoch fĽr sechs Monate, Leistungen nach dem SGB II in Gestalt des Regelbedarfs zu zahlen, und den Antrag im Ä□brigen abgelehnt. Zwar habe der Antragsteller seine Hilfebedļrftigkeit nicht glaubhaft gemacht. Da diese im einstweiligen Rechtsschutzverfahren nicht geklĤrt werden kĶnne, seien ihm jedoch Leistungen in Wege einer FolgenabwĤgung zuzusprechen. Im Hinblick auf die Bedarfe für Unterkunft und Heizung habe der Antragsteller keinen Anordnungsgrund glaubhaft gemacht.

Gegen diesen ihm am 01.03.2022 gegen Postzustellungsurkunde zugestellten Beschluss hat der Antragsteller am 08.03.2022 Beschwerde eingelegt und beantragt, die Antragsgegnerin auch zur Zahlung der Bedarfe f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Unterkunft und Heizung zu verpflichten. Zwar seien er und seine Ehefrau in der Lage gewesen, mit ihrem monatlichen Einkommen und aus gebildeten R $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cklagen ihre

Lebenshaltungskosten iHv 255 â∏¬ und ihre Festkosten iHv 182 â∏¬ zu bestreiten. Die Miete sei jedoch seit Januar nicht mehr gezahlt worden und der Vermieter habe ihm mit einer RĤumungsklage gedroht. Der Antragsteller hat seinem Schriftsatz ein Schreiben des Herrn Y mit entsprechendem Inhalt beigefļgt. Der Senat hat den Antragsteller mit der Eingangsverfļgung gebeten, zu konkretisieren, für wen er Leistungen geltend mache, und seine ausstehenden Kontoauszüge angefordert. Der Antragsteller hat hierzu mit Schriftsatz vom 28.03.2022 erklÄxrt, â∏Nachzahlungen der anteiligen Mietkostenâ∏∏ für die Zeit ab dem 31.12.2021 zu beanspruchen. Die Mietzahlung für MÃxrz sei inzwischen beglichen, weil der Regelbedarf komplett für die laufende Miete eingesetzt und der Lebensunterhalt aus den Rücklagen bestritten werden müsse, sei es indes nicht möglich gewesen, die Miete für Januar und Februar zu begleichen. Der Antragsteller hat weitere Auszüge seines Kontos und des Kontos seiner Ehefrau übersandt. Auf das Konto der Ehefrau sind weitere ̸berweisungen von Herrn L iHv 150 â∏¬ (28.02.2022) und 300 â Π \neg (25.03.2022) erfolgt. Aus den KontoauszÃ $\frac{1}{4}$ gen des Antragstellers ergibt sich eine ̸berweisung der Miete an Herrn Y iHv 395 â∏¬ am 11.03.2022. Weiter sindâ im Februar 2022 vom Konto des Antragstellers eine Barabhebung iHv 50 â∏¬ (03.02.2022) und vom Konto seiner Ehefrau Barabhebungen iHv insgesamt 150 $\hat{a} \square \neg$ (jeweils 50 $\hat{a} \square \neg$ am 10.03.2022, 17.03.2022 und 24.03.2022) erfolgt; im Monat MÃxrz 2022 belaufen sich die Barabhebungen vom Konto des Antragstellers auf 300 â∏¬ (Auszahlung iHv 100 â∏¬ am 12.03.2022 und iHv 200 â∏¬ am 21.03.2022), die Ehefrau hat von ihrem Konto 100 â∏ abgehoben (jeweils 50 $\hat{a} \square \neg$ am 03.03.2022 und am 10.03.2022). Am 08.02.2022 ist von dem Konto der Ehefrau des Antragstellers eine ̸berweisung an die F GmbH iHv 80,03 â∏¬ erfolgt. Auf nochmalige ausdrückliche Anfrage des Senats, für wen er Leistungen geltend mache, hat der Antragsteller erklĤrt, nur Leistungen für sich geltend zu machen. Es gehe damit um die anteiligen Mietkosten für Januar 2022 bis April 2022. Die gröÃ∏ten Einsparungen hätten er und seine Ehefrau dadurch, dass sie nur Leitungswasser trĤnken und ihren eigenen Fleischersatz auf der Grundlage von der Fa. E bezogenen Weizenkleber herstellten, der sie nur 8,82 â∏¬ pro Monat koste. Sie nutzten weder Auto noch öffentliche Verkehrsmittel und gĤben auch fļr FreizeitaktivitĤten kein Geld aus. Die reguläre monatliche Unterstützung der Eltern seiner Ehefrau belaufe sich auf 150 â∏¬. Im April 2022 habe er 198,77 â∏¬ erhalten. Seit Mai 2022 verdiene er monatlich etwa 780 â∏¬ und beziehe keine Leistungen mehr. Der Vermieter des Antragstellers, Herr Y, hat auf Anfrage des Senats erklĤrt, es bestehe ein Rückstand von zwei Monatsmieten iHv insgesamt 790 â∏¬. Aktuell zahle der Antragsteller seine Miete. Eine Kündigung oder Räumungsklage drohe aktuell noch nicht.

Â

II.

Gegenstand des Beschwerdeverfahrens ist gemäÃ□ den Erklärung des Antragstellers in seinen Schriftsätzen vom 28.03.2022 und vom 27.05.2022 nur die Verpflichtung der Antragsgegnerin zur Ã□bernahme seiner anteiligen laufenden Bedarfe fþr Unterkunft und Heizung iSv § 22 Abs. 1 SGB II fþr die

Monate Januar 2022 bis April 2022 iHv insgesamt 790 â☐¬ (4 x 195 â☐¬). Eine Verpflichtung der Antragsgegnerin zur Zahlung von Leistungen für seine Ehefrau ist somit nicht Gegenstand des Beschwerdeverfahrens. Die nachträgliche Einbeziehung der Ehefrau des Antragstellers in das Beschwerdeverfahren im Wege des â☐Heraufholens von Prozessrestenâ☐ ist darüber hinaus bereits deshalb nicht geboten, weil im Zweifel davon auszugehen ist, dass mit einer Klage bzw. einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung begehrt wird, was von dem Beklagten im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren verweigert wurde (vgl. hierzu Senatsurteil vom 21.06.2018 â☐☐ L 7 AS 834/16, Senatsbeschluss vom 16.03.2020 â☐☐ L 7 AS 37/20 B ER), die Beteiligten im zugrundeliegenden Verwaltungsverfahren aber ausdrücklich nur um einen Leistungsanspruch des Antragstellers gestritten haben. Auch der Zeitraum ab dem 01.05.2022 ist gemäÃ☐ der ausdrücklichen Erklärung des Antragstellers, der sich aus dem Leistungsbezug der Antragsgegnerin abgemeldet hat, nicht Verfahrensgegenstand.

Die zul \tilde{A} xssige Beschwerde des Antragstellers ist nicht begr \tilde{A} 4ndet. Zu Recht hat das Sozialgericht eine Verpflichtung des Antragsgegners zur Zahlung von Bedarfen f \tilde{A} 4r Unterkunft und Heizung abgelehnt.

Einstweilige Anordnungen sind nach <u>§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG</u> zur Regelung eines vorläufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint (Regelungsanordnung). Der Erlass einer einstweiligen Anordnung verlangt grundsÃxtzlich Erfolgsaussichten in der Hauptsache sowie die Erforderlichkeit einer vorlĤufigen gerichtlichen Entscheidung. Die Erfolgsaussichten in der Hauptsache (Anordnungsanspruch) und die Eilbedürftigkeit der erstrebten einstweiligen Regelung (Anordnungsgrund) sind glaubhaft zu machen (§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG iVm <u>§ 920 Abs. 2 ZPO</u>). Ob ein Anordnungsanspruch vorliegt, ist in der Regel durch summarische Prüfung zu ermitteln (ständige Rechtsprechung des Senats, vgl. nur Beschlüsse vom 20.02.2019 â∏ L 7 AS 1916/18 B ER und vom 30.08.2018 â □ L 7 AS 1268/18 B ER). Können ohne Eilrechtsschutz jedoch schwere und unzumutbare Nachteile entstehen, die durch das Hauptsacheverfahren nicht mehr zu beseitigen wären, ist eine abschlieÃ∏ende Prüfung erforderlich (BVerfG Beschluss vom 12.05.2005 â∏∏ 1 BvR 569/05). Bei offenem Ausgang muss das Gericht anhand einer FolgenabwĤgung entscheiden, die die grundrechtlichen Belange der Antragsteller umfassend zu berĽcksichtigen hat (BVerfG Beschluss vom 12.05.2005 â∏∏ 1 BvR 569/05; ständige Rechtsprechung des Senats, vgl. nur Beschlüsse vom 20.02.2019 â∏ L 7 AS 1916/18 B ER und vom 30.08.2018 â∏∏ L 7 AS 1268/18 B ER).

Der Antrag ist nicht begründet. Bereits ein Anordnungsanspruch des Antragstellers ist fraglich, weil ernsthafte Zweifel an seiner Hilfebedürftigkeit iSv <u>§Â§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3</u>, <u>9 Abs. 1 SGB II</u> bestehen. Der Senat hält es nicht für glaubhaft, dass der Antragsteller und seine entgegen der nicht nachvollziehbaren Verwaltungspraxis der Antragsgegnerin gemäÃ∏ <u>§ 7 Abs. 3 Nr. 3a SGB II</u> seiner Bedarfsgemeinschaft zuzuordnende Ehefrau ihren Lebensunterhalt mit einer kleineren Unterbrechung seit Ende 2016 allein mit den Leistungen des Antragstellers und einer Unterstützung seines Schwiegervaters iHv 150 â∏¬

decken können, ohne dass ihnen gegenüber der Antragsgegnerin oder dem Senat nicht angegebenes Einkommen oder VermĶgen zur Verfļgung steht. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die monatliche Unterstýtzung des Schwiegervaters nicht einmal den Anteil der Ehefrau des Antragstellers an den Unterkunftskosten (195 â∏¬) abdeckt bzw. abgedeckt hat und ihr Regelbedarf im Falle der â□□ praktizierten â□□ Leistungsbewilligung allein an den Antragsteller vollstĤndig offen bleibt. Eine vergleichbare Bedarfslļcke ergibt sich unter Berýcksichtigung des Vortrags des Antragstellers, der angibt, mit einem Einkommen von 780 â∏¬ den Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft unter Einbeziehung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung iHv 395 â□¬ decken zu können, auch aktuell. Nennenswerte Miet- oder Energiekostenrückstände sind abgesehen von den hier unter anderem streitgegenstĤndlichen Monaten Januar 2022 und Februar 2022 gleichwohl nicht entstanden. Weiter erscheint zweifelhaft, dass der Antragsteller und seine Ehefrau mit aus den Kontoauszügen ersichtlichen Barabhebungen zwischen 200 und 300 â∏¬ monatlich bei vollständigem Fehlen von EC-Abbuchungen im Ã∏brigen ihre Bedürfnisse des täglichen Lebens decken können, zumal angesichts einer Abbuchung der â∏∏F GmbHâ∏∏ naheliegt, dass sie auch über ein Haustier verfügen.

Auch bei Annahme eines entsprechenden Anordnungsanspruchs bestünde jedoch kein Anordnungsgrund für die von den Antragstellern begehrte Verpflichtung der Antragsgegnerin zur Zahlung laufender Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Zwar ist in dieser Fallkonstellation nach ständiger und in Ã∏bereinstimmung mit dem BVerfG stehender Rechtsprechung des Senats die Erhebung einer RĤumungsklage durch den Vermieter keine Voraussetzung fA1/4r die Annahme eines Anordnungsgrundes (vgl. hierzu Senatsbeschluss vom 06.12.2017 â∏∏ L 7 AS 2132/17 B ER). Eilbedürftigkeit liegt indes nicht vor, wenn zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung keine Anhaltspunkte für einen Verlust der Wohnung vorliegen. Dies ist insbesondere â∏ aber nicht abschlieÃ∏end â∏ dann der Fall, wenn nach der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gebotenen Prüfungsdichte belastbare Anhaltspunkte dafÃ1/4r bestehen, dass die vertraglichen Pflichten des Antragstellers jedenfalls wÄxhrend der Nichtzahlung von Leistungen zur Deckung des Unterkunftsbedarfs gestundet sind, etwa weil es sich um ein MietverhĤltnis unter Verwandten handelt oder eine sonstige NÄxhebeziehung zwischen dem Vermieter und dem Anspruchsteller besteht (vgl. hierzu und zu weiteren eine Eilbedürftigkeit ausschlieÃ⊓enden Fallkonstellationen Senatsbeschlüsse vom 19.07.2021 â∏ L 7 AS 950/21 B ER und vom 06.12.2017 â∏ L 7 AS 2132/17 B ER). Nach diesen Ma̸gaben ist im vorliegenden Fall eine Eilbedürftigkeit zu verneinen, denn der Vermieter des Antragstellers hat auf Rýckfrage des Senats im Juni 2022 erklÃxrt, trotz der seit Februar 2022 bestehenden RückstÃxnde drohe â∏nochâ∏ keine fristlose Kündigung. Gegen eine Beendigung des VertragsverhÃxItnisses durch den Vermieter spricht ýberdies, dass dieser seine bereits im MÃxrz 2022 ausgesprochene diesbezügliche Drohung nicht umgesetzt hat, der Antragsteller aktuell seine laufende Miete zahlt und auch der ursprļnglich darüber hinaus bestehende Mietrückstand für MÃxrz 2022 zwischenzeitlich beglichen ist. In Anbetracht dieser GesamtumstÄxnde ist davon auszugehen, dass der zwischenzeitlich nicht mehr im Leistungsbezug stehende Antragsteller und sein Vermieter in der Lage sind, eine LA¶sung fA¼r die RA¼ckfA¼hrung der noch

offenen Mietrückstände zu finden.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung von $\hat{A}\S 193$ SGG.

Dieser Beschluss ist nicht mit der Beschwerde anfechtbar (§ 177 SGG).

Â

Erstellt am: 04.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024